

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Nur der souveräne Staat garantiert Sicherheit in politisch und wirtschaftlich turbulenten Zeiten



Liebe Leser!

Es gibt einschneidende Neuerungen in der EU-Asylpolitik, genauer gesagt ein „Reformvorhaben“ zur letzten Fassung der Dublin-Verordnung. Den Plänen der EU-Führung waren die bisherigen Bestimmungen im Wege. Sie hat sie laufend gebrochen.

„Dublin-IV“ ist in engem Zusammenhang mit Plänen der UNO – wir berichten darüber auf Seite 2 – zu sehen und führt letztlich zu einer Niederlassungsfreiheit für alle Einwanderer, die sich selbst als Flüchtlinge bezeichnen. Sie bekommen einen Rechtsanspruch, in das von ihnen gewünschte Schengen-Land überwiesen zu werden, in dem sie zukünftig wohnen möchten, weil sich dort bereits Verwandte oder Freunde aufhalten oder sie sonstige Beziehungen“ haben. Im gewählten Wohnsitzland ist dann das Asylverfahren durchzuführen.

Man kann sich gut vorstellen, wie rasch Schlepper den Verkauf von Adressen angeblicher Bekannten und Verwandten als neues Geschäftsfeld entdecken werden. So werden wohl wieder jene Länder ausgesucht werden, in denen eine großzügige Asyl-Auslegung und ein attraktives Sozialsystem winken.

Vor sechs Jahren wurden erstmals Sanktionen gegen die syrische Regierung verhängt und seitdem ständig verschärft. Ihre Auswirkungen treffen faktisch nur die Zivilbevölkerung.

Schon 2015 waren lt. Welternährungsprogramm (WFP) mehr als sechs Millionen Menschen auf internationale Nahrungsmittelhilfen angewiesen. Jeder dritte Syrer (vor allem Frauen und Kinder) geht regelmäßig hungrig zu Bett. Einen Hauptgrund für die Nahrungsmittelknappheit sieht das WFP in den „einseitigen **Wirtschaftssanktionen**“. So hätten die Embargos von EU und USA u.a. zu einer „Reduzierung der Verfügbarkeit landwirtschaftlicher Produktionsmittel“ geführt.

Auch die Wasserversorgung ist in Mitleidenschaft gezogen, berichten die Experten, weil z.B. syrische Behörden aufgrund des Wirtschaftsembargos nicht an Ersatzteile für Pumpen oder Wasseraufbereitungsanlagen kämen. Und was die medizinische Versorgung betrifft, sind von 113 (von der WHO) untersuch-



Blick in den Nationalratssaal des Berner Parlaments („Bundeshauses“)

Nicht nur aus den Worten der Nationalrätin Dr. Estermann konnte die österreichische Besucher-Delegation im Mai das gelebte Selbstbewusstsein des Kleinstaates Schweiz unmittelbar heraushören, es war ebenso an vielen architektonischen Details zu spüren – nicht zuletzt an der wohltuenden Absenz der EU-Kolonialfahne.

ten Krankenhäusern gerade noch 49 in vollem Betrieb. Man will es nicht hören, aber es ist doch eine traurige Tatsache: **Österreich beteiligt sich als Mitglied der Europäischen Union an Strafmaßnahmen, die Millionen von wehrlosen Menschen großes Leid zufügen.**

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die Freiheit der Bürger und auch ihr Wohlstand nehmen mit Dezentralisierung, mit Kleinstaaten überproportional zu.

Beat Kappeler, Schweizer - Sozialwissenschaftler

Inhalt

- Nur der souveräne Staat garantiert Sicherheit.....1-2
- Nato u. westliche Geheimdienste2
- Abwesenheiten im Hohen Haus2
- Permanente Migration nach Europa ..3
- Lesens,- sehens,- hörens-wert.....3
- Wussten Sie?.....4-6
- Lesermeinungen.....6-7
- Positives, Erfreuliches8
- Veranstaltungen, Impressum8

Wir stellen wieder einmal fest, wie fatal die Auswirkungen der von „unseren“ Volksvertretern mit unlauteren Methoden herbeimanipulierte Anschluss an die EU hat. Gerade in diesen politisch und wirtschaftlich turbulenten Zeiten, wäre ein souveräner Staat – viele nennen ihn lieber Nationalstaat – eine optimale Option, ein Raum der Sicherheit und Freiheit für seine Bürger. Die Geschichte zeigt, dass die Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit engstens mit

der Entstehung des Nationalstaates verbunden war. Entfernt man ein Element, sind die beiden anderen in Gefahr. Wir erleben das in diesen Tagen. Demokratie kann nur in einer relativ überschaubaren staatlichen Einheit gedeihen. Ein Konglomerat so verschiedenartiger Staaten wie es die EU ist, erfüllt diese Bedingungen nicht.

Zuletzt darf ich Sie, liebe Leser, noch auf unsere Fragebogen-Beilage hinweisen, die als Grundlage künftiger Weichen-

stellungen für unser Bündnis Neutrales Freies Österreich dienen wird. Ich bitte Sie, sich die Mühe zu machen, ihn zu studieren und ihn dann ausgefüllt an uns zurückzuschicken.

Dafür danke ich jetzt schon herzlich und auch für Ihre bisherige und – wie wir hoffen – auch zukünftige Unterstützung unserer Arbeit für Österreich.

Ihr
Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli

NATO und westliche Geheimdienste werden immer mächtiger



Wir leben in einer Zeit des immer stärkeren Vorherrschafts-

strebens des Westens abseits jeglicher demokratischer Kontrolle. So wurde auf dem letzten NATO-Gipfel am 11./12. Juli der Machtzuwachs der Kommandostruktur, z. B. mit Errichtung eines gemeinsamen Kommandos für den Atlantik und eines neuen logistischen Kommandos in Deutschland, beides gegen Russland gerichtet, beschlossen. Die Schlagkraft des Militärbündnisses soll auch mit einer Aufstockung des finanziellen Beitrags seiner Mitglieder auf 2% ihres BIPs erhöht werden.

Die EU unterwirft sich willig dieser Forderung der USA. Bereits im Vertrag von Maastricht 1992 hat sie die Bedeutung der NATO für ihre „Verteidigung“ festgeschrieben, neuerdings durch Einrichtung einer „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (PESCO), d. h. einer NATO-EU-Kriegsallianz, intensiviert. Auch die EU-Regeln für die Kontrolle des Waffenexports wurden im Interesse der EU-Waffenindustrie gelockert.

Der Einflussbereich der NATO geht indes weit über Europa hinaus und umfasst über verschiedene Partnerschaften nicht nur die formell noch neutralen EU-Länder Österreich, Schweden und Finnland, sondern auch Israel, Jordanien, Ägypten, Tunesien, Algerien, Marokko, Mauretanien, Kuwait, Katar, Vereinigte

Arabische Emirate, Bahrein, Irak, Afghanistan, Pakistan, Mongolei, Südkorea, Japan, Australien, Neuseeland und Kolumbien.

Die westlichen Geheimdienste unterstützen dieses Vorgehen und sichern es ab. Ihre Tätigkeit beschränkt sich dabei nicht nur auf die Abwehr von Terrorgefahren und Bedrohungen der allgemeinen Sicherheit. Sie gehen vielmehr offensiv und gezielt vor, „um etwas in der realen oder digitalen Welt geschehen zu lassen“.

Wie neue Dokumente des NSA-Whistleblowers Edward Snowden beweisen, haben sie bereits weite Teile der Online-Infrastruktur inkl. Wikipedia unter ihre Kontrolle gebracht. Sie greifen dabei in großem Umfang internationale Kommunikation ab, spionieren Einzelpersonen, Unternehmen und staatliche Stellen aus, mit dem Ziel, Informationen zu erhalten, ihnen Schaden zuzufügen, sie zu Kooperation zu verpflichten oder Debatten im Internet zu beeinflussen.

NATO und Geheimdienste, nur rudimentär demokratisch kontrolliert, stellen heute bereits eine äußerst mächtige globale „Nebenregierung“ dar. Wenn sich der Westen schon so viel auf seine (angebliche) Demokratie einbildet, müsste er bereit sein, hier grundlegende Reformen einzuleiten.

Quellen: Voltaire Netzwerk; www.unzensuriert.at; People's News

Bildquelle: <http://people.ie/news/PN-186-screenshot>

Abwesenheiten im Hohen Haus



Bild: Hanna Ecker

Die kürzlich publik gewordenen exorbitant hohen Abwesenheitsraten bei Abstimmungen im Parlament zeugen nicht gerade von einer Hochschätzung parlamentarischer Demokratie seitens ihrer Vertreter. Wir begrüßen deshalb Forderungen nach Konsequenzen eines solchen Verhaltens von Abgeordneten nach Überschreiten eines gewissen Toleranz-Spielraums, z. B. Geldstrafen, Kürzung der Diäten oder Verlust des Stimmrechts für eine bestimmte Zeit. Damit ist es aber nicht genug. Da gerade die bauliche Sanierung des Parlaments vorgenommen wird, wäre zugleich auch eine Sanierung des NR-Wahlrechts (z.B. Abschaffung der 4%-Hürde oder der Leermandate) und der parlamentarischen Geschäftsordnung angesagt.

Permanente Migration nach Europa – ein Plan der UNO

Während die offiziellen Medien derzeit nicht müde werden zu wiederholen, wie wenige Migranten im Vergleich zu den Vorjahren – absoluten Ausnahmejahren – nach Europa kommen, werden von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommene Vorbereitungen zur rechtlichen Ermöglichung und Sicherstellung **permanenter globaler Migration** getroffen. **Eine zentrale Rolle spielt dabei die UNO.** Bereits bei der Entstehung des großen „**Flüchtlingssunamis**“ 2015 war sie ganz vorne an ausschlaggebender Stelle mit dabei. Sie **kürzte die finanziellen Zuwendungen** an die syrischen Kriegsflüchtlinge, die damals in Lagern im syrisch-türkischen Grenzgebiet untergebracht waren, auf bis zu ein Viertel der ursprünglichen Leistungen, teilweise wurden sie sogar ganz gestrichen. Damit stellten sich in den Lagern unhaltbare Zustände ein. Ohne diesen „Impuls“ und die medial verbreiteten Verlockungen des Westens hätten sie sich nicht in Bewegung gesetzt. Dabei handelte es sich in der überwiegenden Mehrzahl nicht um Flüchtlinge, weil sie nicht gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention persönlich aus ethnischen, religiösen, sozialen oder politischen Gründen verfolgt wurden, nicht einmal um Kriegsflüchtlinge, weil sie sich außerhalb der Kriegshandlungen bereits in Sicherheit befanden. Und nun, nachdem die Sache nach Plan angelaufen ist, kann sich die UNO als Retterin in der Not präsentieren, indem sie diese Völkerwanderung interessan-

terweise hauptsächlich nach Europa nicht etwa stoppt, sondern auf eine „sichere, geordnete und reguläre“ Basis stellen will. Das EU-Parlament spricht sogar von einem „ständigen und automatisierten Umsiedlungsmechanismus“. Das soll durch einen „**Globalen Migrationspakt**“, der im Dezember in Marokko beschlossen werden soll, gewährleistet werden. Marokko spielt jetzt schon, wohl auch kein Zufall, eine Schlüsselrolle bei der Massenmigration aus Afrika in einem erwarteten Umfang von ca. 250 Millionen. **Migration soll demnach ein bedingungsloses Menschenrecht werden.** Die Migranten, egal ob es sich um Wirtschaftsmigranten oder echte Flüchtlinge handelt, sollen ihre Zielländer frei wählen und sich zwischen den Ländern frei bewegen können. Die unterzeichnenden Mitgliedsstaaten sollen **nicht berechtigt sein**, Migranten aus welchen Gründen auch immer **zurückzuweisen**. Bedingungslos bedeutet auch, dass sie in ihrem Zielland **dieselben Rechte und Zugangsmöglichkeiten zu den Sozialsystemen** wie beitrags- und steuerzahlende Einheimische haben. Vor diesem Hintergrund erklärt sich, wieso die deutsche Kanzlerin dermaßen



Flüchtlingslager an der syrisch-türkischen Grenze

unbeugsam und wie fremdgesteuert, scheinbar selbst gegen eigenen politischen Vorteil an einer Weiterführung ihrer desaströsen Flüchtlingspolitik und Forderungen nach einer EU-weiten Verteilung der Migranten festhält. Ebenso erklärt sich, wieso unser Bundeskanzler Kurz immer nur von einem „Stopp der **illegalen Migration**“ spricht. Beide wissen eben, was von den globalen Machtstrategen angesagt ist. *nos*

Quellen: epoch-times; FAZ

Wir vom Neutralen Freien Österreich wollen jedoch keine weitere Massenzuwanderung in unser Land, egal ob illegal oder legal. Uns interessiert allein ein Minussaldo aus Asylanträgen und Rückführungen. Wir fordern von unserer Regierung eine Verweigerung der Unterschrift unter diesen „Globalen Migrationspakt“, wie es uns die Visegrad-Staaten vormachen!

Lesenswert – sehenswert – hörensenswert!

Der souveräne Staat ist unverzichtbar – besonders in einer globalisierten Wirtschaft.

<https://www.zeit-fragen.ch/de/numbers/2018/no-18-12-august-2018/>

Die dunkle Seite der Wikipedia – Edit-War (Bearbeitungskrieg). Video

<https://www.terzmagazin.de/terz/film/dokumentarfilm-wikipedia>

„Feindliche Übernahme - Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht“.

Buch von Thilo Sarrazin

„Deep State“ – US-Machtkampf? Trump gegen den „Tiefen Staat“.

<https://de.sputniknews.com/politik/20180805321831856-deep-state-gegen-donald-trump/>

Kalter Krieg 2.0. Nach dem Trump-Putin-Treffen hören die Medien mit dem Hetzen gar nicht mehr auf.

<https://www.rubikon.news/artikel/kalter-krieg-2-0>

Massenmigration als Mittel zum Bevölkerungsaustausch in Europas Mitte.

Buch von Hermann H. Mitterer

Daraa in Syrien: „Wiege der ausländischen Aggression befreit“.

<https://www.kla.tv/12769>

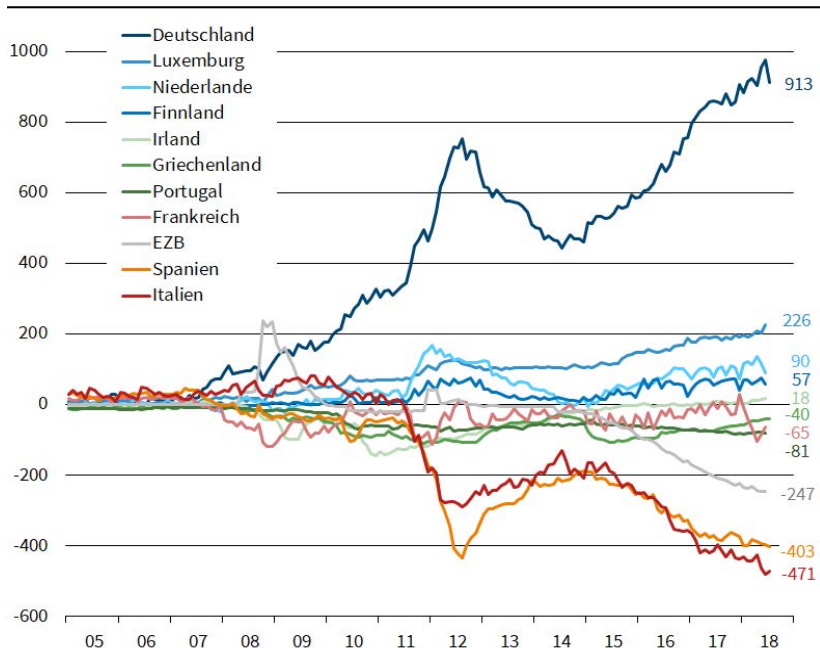
Die Gehirnwäsche. Die strategische Kommunikation der NATO setzt auf Massenmanipulation.

<https://www.rubikon.news/artikel/die-gehirnwäsche>

Wussten Sie.....?

Target-Salden ausgewählter nationaler Zentralbanken und der EZB

In Milliarden Euro; Monatsendwerte



Quelle: Sinn/Wollmershäuser "aktualisiert" (2012) »Target Loans, Current Account Balances and Capital Flows: The ECB's Rescue Facility«, International Tax and Public Finance; Europäische Zentralbank; Deutsche Bundesbank; Banca d'Italia; Banco de España; Bank of Greece. © Hans-Werner Sinn

Die Grafik zeigt die aktuellen Target-Salden bis Ende Juli 2018 an.

Target2 – ein Damoklesschwert

Target2, ursprünglich das Verrechnungssystem für zwischenstaatliche Zahlungen innerhalb des Euroraums, hat sich in den letzten Jahren zu einem weiteren Finanzierungsinstrument maroder Euro-Staaten neben EFSF und ESM entwickelt. Inzwischen (Stand Anfang August) belaufen sich die Forderungen der Deutschen Bundesbank vor allem gegenüber Spanien und Italien auf annähernd eine Billion (!!!) Euro. Mit diesem Betrag subventioniert der deutsche Steuerzahler das Eurosystem und die deutsche Exportindustrie, ohne dafür – der Nullzinspolitik der EZB sei es gedankt – Zinsen zu erhalten. Ohne diese Zahlungen wäre der Euro bereits Geschichte.



Target2:
eine sichere Methode für ein allmähliches Zerbröseln des Euro

Quelle: hanswernersinn.de/de/themen/TargetSalden

Klagen gegen britisches Atomkraftwerk abgewiesen

Die Kernkraftförderung hat für die EU oberste Priorität. Das kann an den Entscheidungen bzw. Urteilen der EU-Kommission und des EuGH abgelesen werden.

Großbritannien hat den AKW-Betreibern des Kernkraftwerks Hinkley Point C einen mit bis zu 1,6 Milliarden Euro pro Jahr bewerteten, extrem hohen Einspeisetarif für 35 Jahre(!) zugesagt. Diese Subventionen



Links Blöcke A (stillgelegt), rechts laufender Block B

Bild: Umweltinstitut.org - screenshot

wurden von der EU-Kommission 2014 genehmigt. Daraufhin haben zwei deutsche Ökostromanbieter und die Regierungen von Österreich und Luxemburg Klage beim Europäischen Gerichtshof gegen diese unzulässigen, wettbewerbsverzerrenden Subventionen durch den britischen Staat eingebracht. Sie wurde am 12. Juli d.J. vom EuGH in Luxemburg abgewiesen.

Der EuGH stellte fest, dass das Ziel einer Beihilfe zur Förderung eines gewissen Wirtschaftszweigs nicht unbedingt im Interesse aller Mitgliedstaaten oder der

Mehrheit der Mitgliedstaaten liegen müsse. Das ist genau das Gegenteil dessen, was in den EU-Beihilferichtlinien niedergeschrieben ist.

Allein die Baukosten für das Atomkraftwerk sind von ursprünglich rd. 18 Mrd. Euro bereits auf 31 Mrd. Euro gestiegen. Der gesamte Kapitalbedarf für das britische AKW-Projekt Hinkley Point C beläuft sich nach Angaben der EU-Kommission mit Bezug auf britische Behörden auf 43 Mrd. Euro.

Quellen: heise.de, umweltinstitut.org, iwr.de, diepresse.com

Wieder einmal ein Beweis, wie die EU ihre eigenen Gesetze dreht, wendet und nach Belieben uminterpretiert! Wenn es um die Interessen der mächtigen Energiekonzerne geht, dann steht das Urteil des EuGH von vorne herein fest. In diesem Fall zog auch der für den Bau verantwortliche und von einer Pleite bedrohte französische Atomkonzern Areva, eine Tochter des Energiekonzerns EdF, am gleichen Strang. Diese „Ausnahmegenehmigung“ weckt jetzt die Begehrlichkeit weiterer atomfreundlicher Länder. Das „Innovationspaket“ der EU, das im Dezember 2014 veröffentlicht wurde, umfasst immerhin einen Etat in Höhe von 315 Mrd. Euro. Ein großer Anteil dieses Milliarden-Fördertopfs soll dabei in neue AKWs, Forschungsreaktoren oder Modernisierungen alter Meiler fließen. Österreich als Mitglied von EURATOM zahlt dreistellige Millionenbeträge in diesen Kernenergie-Fördertopf. Jede souveräne Regierung würde bei solchen Missständen mit einem sofortigen Austritt aus diesem Verein reagieren. Atomkraftwerke sind weder wirtschaftlich, noch nachhaltig, noch Klimaretter!

Hat die Regierung die EU-Abstimmung 1994 manipuliert ?

Es ist ein alter Hut: Erst nachdem sich die „Eliten“ in die sichere Pension verabschiedet haben, erlauben sie sich so etwas wie der renommierte Wirtschaftsforscher und Ex-Wifo-Chef Heinz Kramer im folgenden Interview:

Reporter: Vor der Einführung des Euro haben 155 deutsche Ökonomen ein Manifest dagegen verfasst. Sie haben das damals kritisiert. Wie sehen Sie das heute?

Kramer: *Ich tue mir ein bisschen schwer, das einzuräumen, aber ich muss fair sein: Ich hatte nicht Recht. Es war einer meiner großen Denkfehler, vielleicht der größte, dass ich die Einführung des Euro auch für Italien und andere Südländer für eine gute Idee hielt.*

Reporter: Hat die Regierung auch in Studien gefuscht?

Kramer: *Ganz selten. Aber einmal, erinnere ich mich – da werde ich aber die Einzelheiten weglassen. Es war vor der Volksabstimmung über den EU-Beitritt Österreichs, 1994. Wir haben ein Sonderheft veröffentlicht, „Die Konsequenzen des Beitritts“. Eine davon war, dass er das Budget belasten würde. Da wurde uns massiv gesagt, dass wir das nicht schreiben dürfen. Das wurde bei Todesstrafe verboten, von der Regierung. Quelle: derstandard.at*



Die größten Feinde der Demokratie sind jene, die den Glauben an die Fähigkeit des freien Volkes verloren haben, seine eigenen Angelegenheiten selber zu regeln, und die deshalb den Staat als politischen und gesellschaftlichen Wächter einsetzen wollen, der die Angelegenheiten der Bürger regeln und ihnen ihre Entscheidungen abnehmen soll. Das ist Etatismus oder Stalinismus, ganz gleich, wer diese Meinung vertritt.

Maxwell Anderson, Schriftsteller

Impressionen aus dem Reich der Lücken- und Lügenmedien

Beim letzten NATO-Gipfel im Juli in Brüssel hat es der Kommissionspräsident der Europäischen Union J. C. Juncker nicht mehr aus eigener Kraft zum Gruppenfoto geschafft. Wer im vollständigen Video gesehen hat, wie unkontrolliert Juncker in die Kamera lachte (s. Bild), kann



J.C. Juncker auf dem Nato-Gipfel in Brüssel - betrunken oder krank?

Bild: anonymousnews.ru – screenshot
<https://www.youtube.com/watch?v=LQo2qBVhs20>

eindeutig feststellen, dass er kein Ischias hatte. Bei Schmerzen lacht man nicht, und schon gar nicht auf diese Art und Weise – und ebenso wäre auch Politiker-Kollegen, die bemüht waren ihn zu stützen, nicht mehrfach zum Lachen zumute. Er muss also sturzbetrunken gewesen sein.

Der in den Medien gezeigte Filmausschnitt brach an genau dieser Stelle ab, das bezeichnende Lachen wurde weggeschnit-

ten. Sie wussten also genau, was sie von diesem blamablen Vorfall, der symptomatisch für den Verfall der EU ist, der Öffentlichkeit zeigen konnten und was nicht, um die Illusion eines Ischias-Anfalls aufrecht zu halten.

Westliche Medien manipulieren ihre Konsumenten bereits bei den Begriffsverwendungen. So wird z. B. der gewählte syrische Präsident Assad durchgehend zum „Machthaber“ gestempelt, während der Machtmensch Erdogan im NATO-Land Türkei – um nichts demokratischer oder friedfertiger – nach wie vor als „Staatspräsident“ tituliert wird.

Westliche Medien torpedieren durch Halb-

wahrheiten internationale Abrüstungs- und Friedensbemühungen. So wird der Öffentlichkeit vorenthalten, dass sich sowohl der Iran als auch Nordkorea zu atomarer Abrüstung, nicht aber zu einem Abbau ihres Raketenprogramms vertraglich verpflichtet haben, d. h. eine Weiterführung der Arbeit an der Raketentechnik verstößt nicht gegen ihre Vertragsverpflichtungen über atomare Abrüstung. Statt dessen wird beides in einen Topf geworfen, wohl bewusst, um Kriegsstimmung zu erzeugen.

Die laufenden ORF-Sommergespräche entwickeln sich, wie angekündigt, zu einer **Werbekampagne für die EU anlässlich der österreichischen Ratspräsidentschaft**.

Diese repräsentativ für viele andere aufgelisteten Entgleisungen, Lücken und Einseitigkeiten dürfen vom Medienkonsumenten nicht unwidersprochen hingenommen werden. Jetzt haben wir die einmalige Gelegenheit, darauf in öffentlichkeitswirksamer Weise reagieren zu können durch Teilnahme z.B. am ▼

VOLKSBEGEHREN „ORF ohne Zwangsgebühren und ohne parteipolitische Einflussnahme“

Der öffentliche Eintragungszeitraum wird nun in der Woche vom **1. - 8. Oktober 2018** stattfinden.

Zur Information: Wer bereits eine Unterstützungserklärung für das Volksbegehren abgegeben hat, muss keine Eintragung mehr vornehmen, da eine getätigte Unterstützungserklärung bereits als gültige Eintragung gilt.



Quellen: Henryk M. Broder, Die Weltwoche „Bildausfall im deutschen Fernsehen“; anonymousnews.ru, cpoe.or.at

Wir können davon ausgehen, dass sich der ORF in eisernes Schweigen über „sein“ unbequemes Volksbegehren hüllen wird. Umso dringlicher ist es, dass die Österreicher von diesem wichtigen Termin – der sogenannten Eintragungswoche – über alternative Medien erfahren. Bitte weitersagen!

Grenzen anzuerkennen, Bescheidenheit an den Tag zu legen, würde auch oder gerade Politikern gut zu Gesicht stehen. Bescheidenheit zeigt sich vor allem im Respekt vor dem Souverän, in der Befürwortung von Volksentscheidungen, dem glaubwürdigsten Instrument der direkten Demokratie. Peter Menghin, Innsbruck

Neue EU-Schikanen sollen den Verkauf von Wasserrechten an internationale Konzerne beschleunigen

Die neue Trinkwasser-Verordnung der Europäischen Union sieht häufigere und detailliertere Qualitätskontrollen vor, die beweisen sollen, dass das Wasser trinkbar ist. Tritt sie wie geplant 2019 in der aktuellen Form in Kraft, müssen die Wassergenossenschaften jährlich bis zu 20.000 Euro allein nur für Untersuchungen ausgeben, was für kleine Gemeinden oder Wassergenossenschaften eine große finanzielle Belastung bis hin zu einer Existenz-Gefährdung bedeuten kann. Außerdem sehen sie keinen Bedarf an zusätzlichen Kontrollen, denn dadurch würde sich die Qualität des Trinkwassers nicht verbessern.

Für die Konsumenten könnte diese Ver-

ordnung teuer werden. Laut Berechnungen könnte sich der Wasserpreis in manchen Gemeinden vervierfachen.

Quelle: Oberösterreich-News

„...Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt“. Das ist die bekannte EU-Methode, wie sie Kommissionspräsident Juncker schon vor Jahren vorgeschlagen hat, um u.a. das Ziel der angestrebten Privatisierung der Wasserwirtschaft zu erreichen. So bekommen die EU bzw. die Konzerne das Wasser doch noch in ihre Hände.



Speichersee am Fuß der Serles – dem Hausberg von Innsbruck

Wassergenossenschaften, wenn Ihr damit wirklich nicht einverstanden seid, traut Euch die argumentative Waffe „EU-Austritt“ einzusetzen!

Lesermeinungen - Stimmen aus dem Volk

Seeräuber werden mit einer unbegrenzten Aufenthaltserlaubnis und dauerhafter Sozialhilfe belohnt

Wenn sich das herumspricht, und das wird es, eröffnet sich ein völlig neuer, bisher unbeachteter Seeweg zur Migration. Zehn Piraten aus Somalia überfallen am Horn von Afrika bis an die Zähne bewaffnet einen deutschen Frachter, werden überwältigt, an Deutschland ausgeliefert und abgeurteilt. So weit, so schlecht, doch jetzt wird es absurd. Nach Verbüßung ihrer moderaten Strafen wurde es ihnen ermöglicht, im Land zu bleiben, sich teilweise sogar zu verheiraten und zu vermehren.

Da sie nämlich niemand zurücknehmen möchte, und Jobs für Piraten Mangelware sind, leben sie und alle ihre Frauen und Nachkommen fortan glücklich und zufrieden vom deutschen Sozialsystem. An diesem Umstand wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch nichts ändern. Und wenn sie nicht gestorben

sind, beziehen sie noch heute. Also wie gesagt, wenn sich das herumspricht...

Eva Schreiber, Traiskirchen

Identitären-Urteil

Wenn ich das Zitat des Dr. Grindling, Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) lese: „Die Hauptakteure der Identitären-Bewegung stolzieren jetzt herum und versuchen, das Urteil als Beweis zu nutzen, dass sie nicht rechtsextrem sind“, kommen mir Zweifel.

Ohne mich im Geringsten mit den Identitären zu solidarisieren, besorgt mich diese Äußerung eines Spitzenbeamten im Justizbereich. Übersetzt heißt das



Bild: Alois Jesner

nichts anderes, als dass sie verurteilt hätten werden sollen, damit sie nicht diesen Freispruch in dem von Dr. Grindling vermuteten Sinne interpretieren. Das heißt weiters, dass in den Augen von Dr. Grindling schon diese mögliche Interpretation eines Freispruchs Grund für eine Verurteilung sein sollte. Eine strafrechtliche Verurteilung darf jedoch nur auf Grund vorliegender Beweise und deren Würdigung erfolgen, nicht wegen möglicher zukünftiger Interpretationen des Urteils.

Leserbriefschreiber der Redaktion bekannt.

Es gibt zwei Arten von Weltgeschichte: die eine ist die offizielle, verlogene, für den Schulunterricht bestimmte; die andere ist die geheime Geschichte, welche die wahren Ursachen der Ereignisse birgt.
Honore de Balzac (1799 -1850)

Flüchtlingspolitik

In vielen Leserbriefen beklagen „gute Menschen“ den unmenschlichen, den unchristlichen, den herzlosen Umgang mit Flüchtlingen bzw. mit dem Flüchtlingsproblem.

Ja, fast jedes Flüchtlingsschicksal ist zu Herzen gehend. Am liebsten würde man allen Not leidenden Menschen auf dieser Welt helfen. Das ist die eine Seite der Medaille, gut gemeint, aber leider unwissend und blauäugig.

Die andere Seite der Medaille ist, dass es in Afrika alle 100 Tage um sieben Millionen Menschen mehr gibt. Allein in Nigeria kommen jedes Jahr mehr Kinder zur Welt als in ganz Europa. 1960 hatte Afrika 280 Millionen Einwohner, heute sind es bereits 1,2 Milliarden. Geschätzte 700 Millionen Afrikaner wollen nach Europa, ein großer Teil innerhalb der nächsten fünf Jahre. Wenn Europa seine Kultur, seinen sozialen Standard, seine Lebensweise in etwa bewahren will, gibt es nur einen einzigen Weg: großräumig abschotten und die Armutsländer allmählich durch Hilfen im wirtschaftlichen Niveau heben.

Der kürzlich verstorbene Evolutionsbiologe und Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeld meinte einmal: „Man kann gegen eine Bevölkerungsexplosion in diesem Ausmaß nichts tun, schlimmstenfalls das Problem importieren, wenn man dumm ist.“ Und „Wenn man halb Kalkutta aufnimmt, rettet man nicht Kalkutta, aber man hat Kalkutta zuhause.“ Mit Gefühlen kann man keine Politik machen, die Vernunft und die Interessen der eigenen Bevölkerung müssen immer die Oberhand behalten. *Alwin Häle, Muntlix*

EU-Brüssel zu reformieren ist unmöglich. Man kann es bloß ersetzen. Die einzige Alternative ist eine geordnete Auflösung der EU. So erhalten die Staaten die Kontrolle über ihre Grenzen zurück.

Thierry Baudet, niederländischer Jurist, Historiker und Politiker

Es gibt keine Schwalben mehr

In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der Schwalben halbiert. Das verdanken wir u.a. der EU, ihrer global ausgerichteten Wirtschaftspolitik, ihren „Schreibtischtätern“, die von den ökologischen Zusammenhängen in der Landwirtschaft keinen blassen Schimmer haben, denen der Profit von Pflanzen- und Insektengifte produzieren-

den Chemiekonzernen wichtiger ist als die Schwalben-Populationen auf dem Land.

Um die Erträge zu steigern und preislich mit den großen Industriebetrieben z.B. jenseits des Atlantiks (Stichwort CETA oder MERCOSUR) konkurrieren zu können, müssen Schädlinge, meist Fluginsekten, minimiert werden. Es trifft dann auch die Nahrung für die Schwalben. Der exzessive Straßenbau und andere Bodenversiegelungsmaßnahmen verstärken diese negativen Auswirkungen. Im von der EU geförderten globalen Wettbewerb können dann viele Kleinbetriebe nicht mehr bestehen, die Landwirte sperren die Stalltüren endgültig zu.

Ich möchte es auch so sagen: Ich vermisse das feine Zwitschern der Schwalben aus meiner Kinderzeit sehr und würde mir viel lieber eine Debatte rund um das „Schwalbensterben“ wünschen als um ein „Wolfsgעהul“, das für die meisten Wanderer ungleich beängstigender sein dürfte.

Leserbriefschreiber der Red. bekannt.



Gehören Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit nicht zu den Grundrechten?

Ich habe kürzlich eine eigenartige Erfahrung mit dem Staatsschutz gemacht: Ich wurde vom Verfassungsschutz zur Polizei vorgeladen und dort 1 ½ Stunden einvernommen, weil ich – ja was soll ich eigentlich getan haben? Mein „Verbrechen“, das mir vorgeworfen wird, ist, daß ich in Facebook Postings zu meinen Artikeln nicht ständig überprüfe, ob sie korrekt und rechtlich in Ordnung sind.

Ich soll also „Spitzeldienste“ für den Staatsschutz machen und/oder über die Meinung anderer Menschen urteilen? Zu einem völlig unbedenklichen Artikel von mir hat – eigentlich ohne jeden Zusammenhang – jemand anonym ein eigenartiges Posting geschrieben. Die anonyme Posterin (weibl. Vorname) schimpft dabei ziemlich ordinär über Zuwanderer, die sie angeblich sogar über die Stiege beim Arzt hinuntergestoßen haben. Das könnte man auch als persönlichen – natürlich übertriebenen – Wutausbruch über die angeblich schlechte Behandlung der Dame sehen. Ich habe weder den Namen noch das Posting bewußt gelesen oder mit der Dame Kontakt gehabt. Laut Polizei gibt es diese Dame nicht. Ebenso ist der angebliche Anzeiger anonym. Also hält sich der Staatsschutz an mich und macht mich zum „Mittäter“, weil man sagt, daß ich dafür verantwortlich sein soll, was andere Men-

schen posten. Ich dachte, das überwacht Facebook ohnehin mit unzähligen Spitzeln.

Die Freiheit der Bürger und auch ihr Wohlstand nehmen mit Dezentralisierung, mit Kleinstaaten überproportional zu.

Beat Kappeler, Schweizer Sozialwissenschaftler

Wegen jeder Kleinigkeit wird man gesperrt, sogar wenn man den § 19 der Menschenrechtskonvention der UNO (Meinungs- und Redefreiheit) hineinkopiert. Ich soll also dafür bestraft werden, weil ein anonymes Posting auf meiner Facebookseite geschrieben („gepostet“) hat. Ich hätte es löschen sollen – wobei mir niemand sagen konnte, ob man fremde Postings überhaupt löschen kann. Ich glaube, das ist technisch gar nicht möglich und außerdem hat der Absender auch seine Rechte und er hat die Verantwortung für seine Postings zu tragen. Ich hätte es melden können – allerdings hätte ich es sehen müssen. Außerdem bin ich kein Denunziant und achte die Meinungsfreiheit aller Menschen. Was ich verachte, sind Drohungen, Beleidigungen und Beschimpfungen und daher beschäftige ich mich mit solchen Dingen nicht. Warum mich der Staatsanwalt als unbescholtene Bürger wegen etwas vor Gericht stellen will, wofür ich keinerlei Aktivitäten gesetzt habe, verstehe ich nicht. Andererseits sieht die Polizei keinen Grund für irgendwelche Aktionen, nicht einmal wenn Menschen persönlich bedroht werden, denn laut Gesetz muss erst etwas geschehen sein, bevor die Exekutive verpflichtend eingreift.

Bei Gesinnungsdelikten wird rasch gegen den Bürger vorgegangen – und da muß man offensichtlich persönlich gar nichts dazu beigetragen haben?

Es ist höchste Zeit, daß solche Gesetze zurückgenommen werden. Fremdenfeindlichkeit ist eine Sache, aber wegen angeblicher Fremdenfeindlichkeit anderer vor Gericht gezerrt zu werden, ist wohl mehr als übertrieben. So wie bei anderen Gesetzen, gehört das Fremdenfeindlichkeits-Gesetz mit dem Verbot von „Einheimischenfeindlichkeit“ ergänzt – ebenso wie Wiederbetätigung auch auf Stalinisten, Maoisten und Anhänger anderer Massenmörder ausgedehnt werden sollte.

Noch einfacher wäre es, man würde endlich unsere Verfassung und die UN-Menschenrechtskonvention einhalten, wo die Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit zu den Grundrechten gehören. *Stephan Pestitschek, Strasshof*

Liebe Leserbriefschreiber! Für Ihre Stellungnahme danken wir Ihnen herzlich. Gleichzeitig bitten wir Sie um Verständnis, wenn wir aufgrund einer Vielzahl von Zuschriften nicht alle Leserbriefe abdrucken oder nur Auszüge aus Ihrem Schreiben bringen können und fallweise Kürzungen vornehmen müssen. Wir stellen fest, dass die hier veröffentlichten Leserbriefe nicht in allen Punkten mit unserer Meinung übereinstimmen müssen.



Schweden-Demokraten wollen Referendum zum EU-Austritt

Die Schweden-Demokraten (SD), derzeit zweitstärkste Partei, wollen, dass ihr Land nach dem Vorbild des Brexit in absehbarer Zeit ein Referendum über den Austritt Schwedens aus der EU durchführt, berichtet die schwedische Zeitung „Expressen“. Ausschlaggebend für diesen Vorschlag sollen nicht nur finanzielle, sondern auch grundsätzliche Überlegungen sein. SD-Chef Akesson wörtlich: „Die EU ist eine große Korruptionstruppe, in der niemand die Kontrolle über irgendetwas hat. Wir zahlen viel Geld und bekommen ein bisschen zurück. Wir wollen nicht in einer supranationalen Union sein. Wir werden natürlich mit anderen Ländern zusammenarbeiten und mit Ländern in unserer Region Handel treiben, aber wir sehen keinen Sinn darin, in einer politischen Union zu bleiben, wie die EU eine ist.“

Quelle: Deutsche-Wirtschafts-Nachrichten.de



Der Frühling ist zwar schön, doch wenn der Herbst nicht wär, wär zwar das Auge satt, der Magen aber leer.

Friedrich v. Logau

Was Mütter leisten

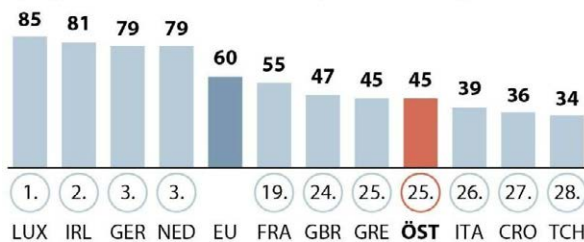
Das Vergleichsportal Warenvergleich.de hat, ausgehend von den Durchschnittsgehältern der vielfältigen Tätigkeiten einer Mutter (oder auch eines Vaters, soweit er diese Arbeiten übernimmt) berechnet, wie viel sie auf dem offiziellen Arbeitsmarkt verdienen müsste. In die Auswertung floss die Arbeit von Müttern als Erzieherin, Köchin, Raumpflegerin, Geschäftsführerin, Psychologin, Chauffeurin, Kinderkrankenschwester und Lehrerin ein. Zur Berechnung wurde das Durchschnittsgehalt der jeweiligen Tätigkeit in Deutschland herangezogen. Ausgegangen wurde von einem 14-Stunden-Arbeitstag, was 98 Arbeitsstunden pro Woche entspricht. Das Ergebnis der Rechnung ergibt: Wenn die Arbeit einer Mutter wie auf dem offiziellen Arbeitsmarkt entlohnt würde, müsste sie monatlich ca. 7.605 Euro brutto verdienen.

Quelle: Vision 2000/4

Diese Leistungen einer Mutter müssten eigentlich honoriert werden, wenn schon nicht mit 7.605 Euro, so doch mit einem kleinen Müttergehalt, das den Respekt für ihre Leistungen zum Ausdruck bringt, oder wenigstens mit deutlich besseren Anrechnungsbedingungen für einen Pensionsanspruch.

Umfragen: Große EU-Skepsis der Österreicher

„Mitgliedschaft in der EU ist eine gute Sache“ – Angaben in %



Grafik: © APA, Quelle: APA/Eurobarometer 27.601 Befragte, April 2018 **APA**

In der Einstufung der EU-Freundlichkeit liegt Österreich an viertletzter Stelle, noch nach Großbritannien. Nach einer Online-Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Akonsult vom Mai d. J. befürworten 35 Prozent der Österreicher einen EU-Austritt. Bei den Über-60-Jährigen stellen die Austrittsbefürworter mit 52 Prozent die Mehrheit.

VERANSTALTUNGEN & TERMINE

Monatstreffen NFÖ-Tirol

jeden 2. Donnerstag im Monat Juni: ab 19 Uhr,
im Restaurant Löwenhaus,
Rennweg 5 in Innsbruck
Infos unter Telefon 0699-10086924 (NFÖ-Büro)

Monatstreffen NFÖ-Wien

jeden 3. Dienstag im Monat: ab 18 Uhr,
im Cafe „Frey“, 1040 Wien, Favoritenstr. 44
Infos unter Telefon 0676-4065409, (G. Grüner)

NFÖ-Salzburg - Treffen

Freitag, 28. September 2018, Beginn: 19 Uhr
Im Restaurant „Imlauer“ (ehem. Stieglbräu),
Rainerstr. 12 -14 in Salzburg
Infos unter Telefon 0662-641009 (DI. Ortner)
oder 0699-10086924 (NFÖ-Büro)

Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wengleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären.

Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.

Allen unseren bisherigen Spendern sagen wir ein herzliches Dankeschön! Bitte Adressänderung frühzeitig bekannt geben. Teilen sie uns bitte, – wenn möglich – auch die Adressen von interessierten Bekannten mit. Danke!